



Was not tut: Die große Wende

Der Anlass

Die Freie Demokratische Partei, Siegerin der Bundestagswahl 2009 und seither mit großer Geschwindigkeit auf den - einstweiligen? - Status einer Splitterpartei abgesunken, sucht Erneuerung, personell und programmatisch. Sie ist dringend nötig. Denn alle Analysen zeigen, dass die liberale Partei, im Gegensatz etwa zu den Grünen, derzeit keine erkennbaren Alleinstellungsmerkmale mehr vorweisen kann. Bleibt es dabei, wird ihr eines nicht fernen Tages doch das Totenglöcklein läuten. Die eingeleitete personelle Erneuerung und ihre Fortsetzung sind zwar überlebenswichtig, doch nicht ausreichend. Im Wettbewerb der demokratischen Parteien untereinander genügt auch nicht der an sich berechtigte Hinweis auf historische Verdienste des Liberalismus. Vielmehr: Das programmatische Profil der Partei ist neu zu bestimmen, und zwar so, dass sie in zwei oder drei Politikbereichen mit ihren Politikvorschlägen wieder eine Alleinstellung oder doch eine Vorrangstellung gewinnt.

Die Lage

Jede Zeitungslektüre, jede Nachrichtensendung werden seit nunmehr drei Jahren von der internationalen Finanzkrise beherrscht. Sie begann scheinbar fast harmlos als Abwärtsbewegung des US-amerikanischen Häusermarkts, ergriff dann das Bankensystem, und zwar sehr bald weltweit, schien für eine Weile beruhigt, bis sie wenig später mit gesteigerter Wucht und Reichweite zur Krise der führenden Industrie-Staaten, ihrer Währung und Finanzierung, heranwuchs. Alle bisherigen Rettungs- und Stabilisierungsversuche sind gescheitert, so sagt Bundesbankpräsident Weidmann. In Sichtweite gerät der Staatsbankrott, zunächst Griechenlands, ziemlich sicher auch anderer Länder. Sogar die Bundesrepublik Deutschland ist an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangt, womöglich bereits darüber hinaus, insbesondere durch ihre Verpflichtungen im Rahmen des „Euro-Rettungsschirms“.

Merkwürdig genug: Politik und Wirtschaft in Deutschland tun bisher so, als sei dies eine beherrschbare Turbulenz von der Art, wie sie dem Kapitalismus seit jeher eigentümlich war. Das ist grundfalsch. Es besteht nicht nur die akute Gefahr, sondern ist bereits Realität, dass sich die europäisch-atlantische Finanz- und Währungskrise auch für Deutschland mit den anderen Krisenpunkten verbindet, und zwar über die Schlüsselfrage der Staatsverschuldung. Schon bisher war allen Einsichtigen – mit Ausnahme von Teilen der Bundesregierung und der deutschen parlamentarischen Opposition – völlig klar, dass etwa eine grundlegende Reform

des Sozialleistungssystems unaufschiebbar ist angesichts der absehbaren demographischen Entwicklung. Zudem ist die Steuerungsfähigkeit der Regierungen, was die ökonomischen Prozesse anlangt, erkennbar an ihr Ende gelangt.

Zugleich haben aber die bisherigen massiven Eingriffe in diese Prozesse dazu geführt, dass die Staatsverschuldung ständig neue Rekordhöhen erklimmt und zugleich das Netz bürokratischer Eingriffe, ob per Gesetz oder durch Verwaltungsakt, eine Dichte erreicht hat, die auf die Dauer zum Ersterben persönlicher, staatsfreier Initiative führen muss. Selbst wenn ein ständiges wirtschaftliches Realwachstum vorhersehbar, also kalkulierbar wäre, würde unser Wirtschafts- und Sozialsystem früher oder später, wenn es nicht grundlegend reformiert wird, in sich kollabieren, mit unabsehbaren Folgen bis hin zum Demokratieverlust. Die Gefahr dieses Kollapses wächst, weil solches Wachstum nicht dauerhaft herstellbar ist, sondern – vermutlich immer öfter – von Perioden der Stagnation oder des „negativen Wachstums“ unterbrochen wird. Eine der Aufgaben zukunftsfester Politik lautet daher, eine Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik zu entwickeln, welche auch bei dauerhafter Stagnation des Volkseinkommens tragfähig bleibt. Doch sind wir davon noch weit entfernt.

Alles in allem: Wir stehen kurz vor einer Staats- und Systemkrise und weigern uns zumeist, das zu erkennen. Eine solche Krise lässt sich aber nicht mit punktuellen Eingriffen des Staates lösen. Im Gegenteil ist zu fürchten, dass derartige Eingriffe die Krise nur noch verschärfen. Beispiel Bildungssystem: Fast alle Bildungspolitiker fordern angesichts der unzweifelhaft vorhandenen Defizite unseres Systems mehr Geld vom Staat, um Reformen in Gang zu setzen oder den Zugang bisher bildungsferner Schichten zu erleichtern. Noch schlimmer: Statt im Blick auf die geschilderte ökonomisch-politische Krise die Abhängigkeit der Schulen und Hochschulen vom öffentlichen Geld zu verringern, wird schon der erste Schritt dorthin, die Studiengebühr, wieder rückgängig gemacht.

Wo Krise, da auch Chance, nämlich eine für die Liberalen. Sie sind, dank ihrer bisherigen Programmatik und Handlungsgeschichte, besser als jede andere politische Formation berufen, die dargelegte Krise und ihre Zukunftswirkungen zu erkennen und daraus neue Politikvorschläge zu entwickeln:

- Ihr wirtschaftspolitisches Credo, die Soziale Marktwirtschaft, in der politischen Praxis von Berlin und Brüssel längst verlassen, bietet eine Fülle von Ansatzpunkten für eine liberale Reformpolitik gegen die große Krise.
- Ihr bildungspolitische Credo, die möglichst große Autonomie und Vielfalt der Bildungsinstitutionen, lässt sich im gleichen Sinn aktualisieren.
- Ihr sozialpolitisches Credo, die Rückführung des Sozialleistungssystems auf eine Grundsicherung und eine großzügige Förderung der wirtschaftlich Schwachen, hat alle Chancen, zum Alleinstellungsmerkmal zu werden. –
- Ihr staatspolitisches Credo schließlich, die weitgehende Begrenzung und Kontrolle der Macht und damit der Staatstätigkeit generell wie insbesondere der Staatsschulden zielt in die gleiche Richtung.

Summe: Die große Krise steht vor der Tür, eine Krise, nur der von 1929/32 vergleichbar. Sie zu bewältigen, ist liberale Politik besser als jede andere in der Lage. Doch muss diese Politik neu formuliert, nämlich an die so nie da gewesene Lage angepasst werden.

Beispiele

Erstes Beispiel: Das Bildungssystem. Die Bildungspolitik steht vor einem scheinbar unlösbaren Widerspruch. Einerseits soll das Bildungssystem noch weiter ausgebaut werden,

damit der dringende Wunsch von Wirtschaft und Gesellschaft nach mehr und besser ausgebildetem Personal aus Eigenem, mit einer möglichst geringen Zuwanderung von außerhalb Europas, befriedigt werden kann. Andererseits soll es künftig zum „Sparen“ in hohem Maße beitragen, müssen also seine Träger mit sinkenden Finanzbeiträgen von Staat und Kommunen rechnen. Dieser Widerspruch lässt sich nur dadurch auflösen, dass die Familien, welche ihre Kinder in das Bildungssystem schicken und wirtschaftlich ordentlich gestellt sind, viel stärker als bisher, ja eigentlich überhaupt zur Mitfinanzierung angehalten werden.

Also sollten die Liberalen den Mut haben, dies zu verkünden und durchzusetzen. Nötig ist vor allem die Einführung eines vom ersten Schuljahr, vielleicht schon vom Kindergarten, bis zum akademischen Abschluss reichenden Systems von Schul- und Studiengebühren mit staatlich-kommunal wie auch privat (Stiftungen) finanzierten Stipendien für die Schüler und Studenten aus wirtschaftlich schwachen Familien. Die mit solchen Systemen gesammelten anglo-amerikanischen Erfahrungen können dabei positiv wie negativ hilfreich sein.

Sodann sollten sie vorschlagen, die Trägerschaft aller Bildungseinrichtungen zu kommunalisieren, also den Kreisen, Städten und Gemeinden zu übertragen nach dem Motto: Je näher die Entscheidungen an der Basis getroffen werden, desto besser für alle Beteiligten und billiger für den Steuerzahler. Nur einige Grundregeln müssen von Land oder Bund gesetzt werden, um den Übergang von einer Stadt zur anderen zu erleichtern. Dazu gehören:

- die möglichen Schul- und Hochschulformen,
- einige wenige inhaltliche, international anerkannte Standards für die Schul- und Hochschulabschlüsse sowie
- wenige Grundregeln für die Gestaltung der Bauten und die Besoldung des Personals.

Zweites Beispiel: Die Sozialleistungen. Auch hier muss gelten: Staatlich oder durch staatlich verordnete Beiträge finanzierte Vollversorgung nur für diejenigen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Alle anderen, also die große Mehrheit, auch die Beamten, können zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit sowie für das Alter nur mit einem staatlichen Grundbeitrag rechnen, den sie aus eigener Anstrengung ergänzen. Um diese Anstrengung zu erleichtern, wird sie lohn- und einkommensteuerfrei gestellt. Das bisher von der FDP propagierte „Bürgergeld“ wäre ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch kann eine so grundlegende Reform nur gelingen, wenn sie in einem Zuge durchgesetzt wird.

Zu dieser Reform müssen weitere Schritte gehören, die den Personenkreis sowie die Trägerschaft betreffen. Zum Personenkreis: Die frühere Begrenzung auf Arbeitnehmer bis zu einem gesetzlich bestimmten Höchstekommen ist im Grunde längst obsolet und auch gesellschaftspolitisch kaum mehr zu rechtfertigen. Die Grundversorgung gelte also für alle Bürger ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Position. Zur Trägerschaft: Die in unserer gesamten Gesellschaft derzeit vorherrschende Tendenz zu monopolistischen Großorganisationen – Deutsche Rentenversicherung! – muss auch hier gebrochen werden, Vielfalt wie in der sozialen Krankenversicherung muss wieder möglich sein. Andererseits ist nicht einzusehen, warum Unfall- und Pflegeversicherung eigene Träger brauchen. Für alle Träger muss Selbstverwaltung wie bisher gelten, aber nun wirklich, also mit der Freiheit, Beiträge und Leistungen im Wettbewerb unterschiedlich festzusetzen.

Drittes Beispiel: Haushalt und Steuern: Nicht nur wegen der stetig steigenden Staatsbeiträge zu den Sozialleistungen, sondern ebenso durch Subventionen jeder Art kann der Bundeshaushalt seit langem nicht mehr ausgeglichen werden, ist das Schuldenmachen zur Gewohnheit geworden, auch in den Ländern und Kommunen. Allein der Bund hat mehr als

eine Billion Euro Schulden; die Zinslast ist der zweitgrößte Teil des Bundeshaushalts nach den Sozialleistungen. Mit den Euro-Rettungsfonds ist die mögliche Schuldenlast schon bisher noch einmal um mehr als zweihundert Milliarden Euro gestiegen, Ende nicht absehbar. „Deficit spending“ ohne Rückzahlung, auch nicht bei wirtschaftlichem Wachstum: Diese Politik führt auch die Bundesrepublik in den Staatsbankrott. Dass die FDP in dieser Lage vor und nach der Bundestagswahl die Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer als ihr Hauptziel angab, hat nicht nur die Fachleute verwundert und verstört, sondern auch viele ihrer Wähler. Das muss sich ändern: Vorrang muss auf lange Sicht der Abbau der Neuverschuldung, sodann der Abbau der Schuldenlast haben.

Es könnte sogar sein, erst recht angesichts der Euro-Rettungsmaßnahmen, dass Erhöhungen der Staatseinnahmen durch höhere Steuern unvermeidlich werden. Aber auch wenn dies nicht nötig werden sollte, werden Bund, Länder und Gemeinden zumindest die jetzige Steuerquote nicht senken, allenfalls die Last für den Bürger durch das bewährte Mittel der Umschichtung auf indirekte Steuern erträglich machen können. Also: Ade Steuersenkungspartei!

Viertes Beispiel: Lohn- und Einkommensteuer. Hier kann ich mich kurz fassen: Eine liberale Steuerreform muss ein so einfaches Ergebnis haben, wie das etwa Professor Kirchhof und der Abgeordnete Solms vorgeschlagen haben. Nur so kann allgemeine Gerechtigkeit wieder hergestellt werden. Das bedeutet auch: Mit wenigen Ausnahmen, etwa den Aufwendungen für Alters- und Gesundheitsvorsorge (s.o.), muss auf alle Bemühungen verzichtet werden, die Steuerpolitik zur Wirtschaftsförderung und/oder für soziale Ziele bis hin zur nur über komplizierteste Regeln erreichbaren Einzelfallgerechtigkeit einzusetzen.

Folgerung:

Diese und weitere, auch die wuchernde Bürokratie und deren gesetzliche Grundlagen zurückschneidende, Reformen kann in ihrer Gesamtheit heute und morgen keine andere Partei als die Liberalen sich zu eigen machen und offensiv vertreten. Aber auch: Nur wenn die Partei die große Wende hin zu dieser Programmatik in Theorie und Praxis vollzieht, kann sie wieder gesunden und Wähler gewinnen. Dass heute noch eine Mehrheit der Stimmbürger sich wegen unterschiedlicher „Besitzstandswahrung“ gegen solche Programmforderungen aussprechen wird, muss sie nicht beunruhigen. Die Liberalen sind und bleiben eine Minderheit, freilich eine, die unsere erstarrte und verkrustete Gesellschaft in Bewegung setzen kann. Hier liegt die Chance für die Freie Demokratische Partei. Mögen ihre Verantwortlichen sie nutzen!